- b. die mit dem Nachlaß verbundenen Steuern bezahlt sind oder deren Bezahlung sichergestellt ist;
- c. die zuständigen Organe des Empfangsstaates die Aushändigung des Nachlasses oder des beim Verkauf erzielten Reinerlöses gestattet haben;
- d. die Eigenschaft der betreffenden Person als Erbe oder anderer Anspruchsberechtigter nachgewiesen ist.

(5) Die Ausfuhr der in Absatz 4 genannten Vermögenswerte erfolgt unter Beachtung der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 35

(1) Erhalten die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon Kenntnis, daß es zur Sicherung der Rechte und Interessen eines Staatsbürgers des Entsendestaates, einschließlich der Rechte und Interessen in bezug auf im Empfangsstaat befindliches Vermögen, notwendig ist, einen Vormund oder Pfleger zu bestellen oder andere Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorgesehen sind, so benachrichtigen sie davon eine konsularische Amtsperson.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in den in Absatz 1 genannten Angelegenheiten an die zuständigen Organe des Empfangsstaates wenden. Sie kann insbesondere eine geeignete Person als Vormund oder Pfleger Vorschlägen.

Artikel 36

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit jedem Staatsbürger des Entsendestaates Verbindungen zu unterhalten, sich mit ihm zu treffen, ihm Hilfe im Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates und auch in den von diesen Organen behandelten Angelegenheiten zu leisten und ihm erforderlichenfalls die Unterstützung eines Rechtsanwalts oder einer anderen geeigneten Person, insbesondere eines Dolmetschers, zu sichern.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise die Beziehungen und den Zutritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zur konsularischen Vertretung ein.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über die Festnahme, Verhaftung oder jede andere Form des Freiheitsentzugs eines Staatsbürgers des Entsendestaates. Die Benachrichtigung erfolgt so bald wie möglich, spätestens am sechsten Tag nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsbürger festgenommen, verhaftet oder einer anderen Form des Freiheitsentzugs unterworfen wurde. Die konsularische Amtsperson wird auch über die dem Staatsbürger zur Last gelegte Tat und die der Verfolgung zugrunde liegenden gesetzlichen Bestimmungen informiert.

(4) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der festgenommen, verhaftet oder einer anderen Form des Freiheitsentzugs unterworfen wurde oder der eine Freiheitsstrafe im Empfangsstaat verbüßt, zu besuchen, mit ihm zu sprechen und zu korrespondieren sowie für seine Vertretung vor einem Justizorgan zu sorgen. Besuche werden so bald wie möglich, spätestens am zwölften Tag nach dem Zeitpunkt gestattet, an dem der Staatsbürger festgenommen, verhaftet oder einer anderen Form des Freiheitsentzugs unterworfen wurde. Die Besuche werden periodisch in angemessenen Zeitabständen gewährt.

(5) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates leiten die Korrespondenz und die Mitteilungen eines Staatsbürgers des Entsendestaates, der festgenommen, verhaftet oder einer anderen Form des Freiheitsentzugs unterworfen wurde oder der

eine Freiheitsstrafe im Empfangsstaat verbüßt, unverzüglich an die konsularische Amtsperson weiter.

(6) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren einen Staatsbürger des Entsendestaates, der festgenommen, verhaftet, einer anderen Form des Freiheitsentzugs unterworfen wurde oder der eine Freiheitsstrafe im Empfangsstaat verbüßt, über die ihm nach diesem Artikel gewährten Rechte.

(7) Die in diesem Artikel genannten Rechte werden gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates wahrgenommen, vorausgesetzt, daß diese Rechtsvorschriften die Wahrnehmung der genannten Rechte nicht untersagen.

Artikel 37

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates sowie seiner Besatzung während seines Aufenthaltes in Seehäfen, Territorial- oder inneren Seegewässern des Empfangsstaates Beistand zu leisten und das Schiff zu diesem Zweck zu betreten, sobald es zum Verkehr mit dem Land abgefertigt worden ist. Sie kann die durch die Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehenen Funktionen in bezug auf ein Schiff des Entsendestaates und seine Besatzung ausüben, soweit diese den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widersprechen.

(2) Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder haben das Recht, mit der konsularischen Vertretung in Verbindung zu treten. Sie haben das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die konsularische Vertretung aufzusuchen, vorausgesetzt, daß diese Rechtsvorschriften die Wahrnehmung des vorgenannten Rechts nicht untersagen.

Artikel 38

Eine konsularische Amtsperson kann Erklärungen über die Reise von Schiffen des Entsendestaates entgegennehmen, die Schiffspapiere prüfen und beurkunden und unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates Untersuchungen zu Vorkommnissen während der Reise vornehmen und, sofern die Rechtsvorschriften des Entsendestaates das gestatten, Streitfragen aller Art zwischen Kapitän und Besatzungsmitgliedern klären.

Artikel 39

(1) Beabsichtigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates vorzunehmen, das sich in einem Seehafen, den Territorial- oder inneren Seegewässern des Empfangsstaates befindet, informieren diese Organe vor der Durchführung derartiger Maßnahmen die konsularische Vertretung, damit eine konsularische Amtsperson anwesend sein kann. Hat die konsularische Amtsperson nicht daran teilgenommen, kann sie sich an die genannten Organe wenden und alle Informationen darüber erhalten.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe an Land vernommen werden sollen.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung bei Zoll-, Hygiene- und Paßkontrollen sowie bei Untersuchungen, die Fragen der Schiffssicherheit eines Schiffes des Entsendestaates betreffen.